

presse

Keine Härtefallregelung nach Kassenlage

Zu der Ankündigung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales einen Katalog zur Härtefallregelung für Bezieher von Arbeitslosengeld II vorzulegen, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Rechnung zu tragen, erklärt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme:

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales plant offenbar eine äußerst engherzige Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Härtefallregelung für Arbeitslosengeld II-Bezieher. Hier setzt die Bundesregierung die falschen Prioritäten. Wer die öffentlichen Kassen schonen will, der muss sich zu einem Ausbau der Mindestlöhne bekennen. Wie Westerwelle von spätromischer Dekadenz zu reden ist hingegen der falsche Weg, erklärt Anette Kramme.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales plant offenbar eine äußerst engherzige Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Härtefallregelung für Arbeitslosengeld II-Bezieher. Das macht bereits die diesbezügliche Ankündigung des Ministeriums deutlich. Nur in einigen wenigen Fällen, in denen Härtefall-Leistungen eventuell möglich sein sollen, wird eine ganze Reihe von Lebenssituationen gegenübergestellt, wo diese weiter ausgeschlossen bleiben.

Das ist ganz offensichtlich Sozialpolitik nach Kassenlage. Kein Wunder: Wer die Steuern für Hotelübernachtungen in Milliardenhöhe senkt, der hat nicht mehr das Geld, Arbeitsuchende in schwierigen Lebenssituation zu unterstützen.

Hier setzt die Bundesregierung die falschen Prioritäten. Wer die öffentlichen Kassen schonen will, der muss sich zu einem Ausbau der Mindestlöhne bekennen. Wie Westerwelle von spätromischer Dekadenz zu reden ist hingegen der falsche Weg.